

# Gedenkfeier

**für die Opfer von  
Faschismus und Krieg  
KZ-Friedhof Birnau**

**Samstag, 9. Mai 2015 16:00 Uhr**

Redner:

**Holger Reile**, Journalist, Stadtrat Linke Liste Konstanz

**Alois Thoma**, Zeitzeuge, Gründungsmitglied VVN-BdA Ravensburg-Bodensee

Anschließend Abendessen im Gasthaus „Sternen“, Uhldingen-Mühlhofen.

Die Gedenkfeier wird veranstaltet von

- Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –  
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten  
Bodensee-Oberschwaben und Konstanz- Singen (VVN-Bc)
- DGB Region Südwestürttemberg
- IG Metall Friedrichshafen-Oberschwaben
- IG Metall Singen
- ver.di Oberschwaben
- ver.di Region Südbaden
- Initiative Stolpersteine für Konstanz -  
Gegen Vergessen und Intoleranz
- Stolpersteininitiative Radolfzell



**Samstag, 9. Mai 13:30 Uhr** Überlingen-West  
**Führung** durch Goldbacher Stollen mit **Oswald Burger**  
Auslagerung Friedrichshafener Rüstungsindustrie 1944/45

Treffpunkt zur Stollenführung: Stolleneingang, Obere Bahnhofstraße, neben „Wirtshaus zum Felsen“.  
Bitte Parkmöglichkeiten auf dem Parkplatz „Bahnhof, Therme“, Bahnhofstraße nutzen

# Der KZ-Friedhof Birnau

Die Rüstungsbetriebe Luftschiffbau Zeppelin, Dornier, Maybach und Zahnradfabrik in Friedrichshafen waren 1944 mehrfach Angriffsziel alliierter Bomber. Ein besonders schwerer Luftangriff am 28. April 1944 zerstörte über 70 % der Stadt. Um die Rüstungsproduktion der Friedrichshafener Firmen bombengesichert unterzubringen, sollte diese nach Überlingen-Goldbach in eine unterirdische Stollenanlage verlagert werden.

Die Bauarbeiten unter der Bauplanung und Bauleitung von Siemens Bau GmbH begannen im Juni 1944 unter dem Decknamen „Magnesit“ und sollten nach 100 Tagen abgeschlossen sein. Bis zu 800 Häftlinge aus dem KZ Dachau, überwiegend Italiener, aber auch andere Nationalitäten, waren im Vernichtungslager Überlingen-Aufkirch unter unmenschlichen Bedingungen zusammengepfercht und mussten täglich in jeweils 12 Stunden Schichten Zwangsarbeit leisten. Der Stollenaushub wurde in den nahen Bodensee geschüttet. Auf dieser Aufschüttung siedelt heute der Campingplatz Überlingen.

Die Schikanen der SS-Bewachung, die unmenschlichen Arbeitsbedingungen in der Stollenanlage – bei Sprengungen mussten die KZ-Häftlinge in den Stollen bleiben –, die mangelhafte Verpflegung und die katastrophalen hygienischen Lebensbedingungen führten zu zahlreichen Todesfällen. Anfangs wurden noch ca. 70 Tote zur Einäscherung in das Krematorium Konstanz gebracht.



Als es aber an der Kohleversorgung mangelte, verscharrte die SS etwa 97 Tote unbekleidet in einem Massengrab im „Degenhardter Wäldchen“.

Die französische Militärbehörde erfuhr durch Antifaschisten davon, ordnete Ende 1945 / Anfang 1946 die Öffnung des Massengrabs an und verlangte die Umbettung der Leichen auf einen Gedenkfriedhof. Die Stadtverwaltung Überlingen versuchte sich erst dieser Anordnung zu widersetzen und machte als Grund gesundheitliche Gefahren für die Ausführenden geltend. Außerdem wäre eine Identifizierung der Leichen sowieso unmöglich. Die Anordnung der französischen Militärbehörde in Überlingen wurde vom Antinazi-Comité, den neu gegründeten Parteien Christlich Soziale Union, Sozialistische Partei und Kommunistische Partei sowie den neu zugelassenen Gewerkschaften unterstützt. Schließlich mussten belastete Nationalsozialisten die Ausgrabung vornehmen.

Am 9. April 1946 fand die Umbettung der Leichen aus dem Massengrab auf den KZ-Gedenkfriedhof Birnau statt. Vorher wurden die sterblichen Überreste in Särgen gelegt und in der mit Trauerflor geschmückten Stadt Überlingen öffentlich aufgebahrt. Die Bevölkerung war aufgefordert an dieser Trauerfeier teilzunehmen und an den Särgen entlangzugehen. Der Stadt Überlingen wurde nach weiteren Auseinandersetzungen die Instandhaltung und Pflege des KZ-Friedhofs übertragen. Die Grabpflege wird von der Stadtverwaltung Überlingen sorgsam erfüllt. Jährlich am Volkstrauertag gedenkt die Stadt Überlingen der hier bestatteten Opfer mit einer Kranzniederlegung.



Viele Jahre am Totensonntag, seit einigen Jahren nun am Wochenende nach dem 8. Mai, begehen die VVN-BdA, Gewerkschaften und andere Antifaschisten aus der Region die alljährliche Gedenkfeier auf dem KZ-Friedhof Birnau als ständige Mahnung für die heutigen Lebenden und die nachfolgenden Generationen.

Neben dem Gedenken an die 97 Toten steht an diesem Ort der Wille an die Zeit der Terrorherrschaft des Nationalsozialismus zu erinnern und Lehren für unsere Gesellschaft daraus zu ziehen.

Wie wichtig dieses Gedenken ist, zeigen die über 181 Morde, begangen durch Neo-Nazis in den letzten zwanzig Jahren. Mit der Zunahme vom Immigrantengibt es immer häufiger Übergriffe der Neo-Nazis auf Flüchtlingsheime.

Uns allen erwächst daraus die Verpflichtung, den Schwur von Buchenwald vom 19. April 1945 zu erfüllen:

**„Die Vernichtung des Nazismus  
mit seinen Wurzeln ist unsere Losung.  
Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens  
und der Freiheit ist unser Ziel.“**  
**Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!**

# Die Vertuschung der Hintergründe der NSU-Morde durch den Verfassungsschutz mahnt!

„Der Feind steht links“: Bespitzelung von Kommunisten, Linken und anderen kritischen Demokraten, die gegen soziale und politische Missstände der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung Kritik üben, das war und ist das Handlungscredo des Verfassungsschutzes. Die Traditionslinie zahlreicher Mitarbeiter nach 1945 bis Anfang 1960 reichte bis in das nationalsozialistische Reichssicherheitsamt zurück. Wer von 1939 bis 1945 in der SS „politisch unzuverlässige“ Personen ausspionierte und ins KZ brachte, auf dessen Erfahrungen wollte der Verfassungsschutz in der Bundesrepublik nicht verzichten. Ob Bespitzelung von Mitgliedern der Kommunistischen Partei, von Gegnern der Notstandsgesetze, bei der Überprüfung „Radikaler“ im öffentlichen Dienst, von außerparlamentarischen Oppositionsbewegungen: hier sah der Verfassungsschutz sein Hauptaufgabengebiet.

„Auf dem rechten Auge blind“, zeigte deutlich wohin dieses Verhalten des Verfassungsschutzes angesichts der NSU-Morde und deren neofaschistischer Unterstützer führte. Die „Staatsschützer“ unterstützen Neonazis, deckten diese, vernichteten Beweismaterial. So die Ergebnisse der Untersuchungsausschüsse des Bundestags und des Landesparlaments Thüringen.

Die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg weigerte sich einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, der die Umtriebe der NSU und ihrer Helfershelfer in Baden-Württemberg untersuchen sollte. Erst der öffentliche Druck, die VVN-BdA Ba-Wü mobilisierte maßgeblich mit, zwang die grün-rote Kretschmann Regierung den NSU-Untersuchungsausschuss einzurichten. Die ersten Ergebnisse erhärten die Vermutung: Halbwahrheiten und Vertuschen auch beim Verfassungsschutz in Ba-Wü.

Die Konsequenz:

Wegen Gefährdung des demokratischen Grundkonsens und Unterstützung neonationalistischer Bewegungen: alternativlose Abschaffung der Verfassungsschutzorgane!

70 Jahre Befreiung vom Faschismus! Neo-Faschismus demokratisch bekämpfen!

Daher: **nnpd**  
**NPD-Verbot jetzt!**

V.i.S.d.P.: Reinhard Gumz, VVN-BdA Bodensee - Oberschwaben, 88353 Kißlegg  
Kontakt: [www.konstanz.vvn-bda.de](http://www.konstanz.vvn-bda.de) / [www.vvn-bda-oberschwaben.de](http://www.vvn-bda-oberschwaben.de)